

Informationen nach Artikel 13 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen des Online-Beteiligungsverfahrens BOB.SH zum Landesaktionsplan 2022

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Die folgenden Informationen gemäß Artikel 13 DSGVO sollen Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Staatskanzlei und die Ministerien des Landes Schleswig-Holstein im Rahmen Ihrer Stellungnahme über die Online-Beteiligungsplattform BOB.SH zum Entwurf des Landesaktionsplanes 2022 und Ihre Rechte aus der DSGVO geben.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist
Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Staatskanzlei
Referat 26
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel
Tel. 0431/988-1797
E-Mail: brk@stk.landsh.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die behördliche Beauftragte für den Datenschutz der Staatskanzlei ist erreichbar unter der o.g. Anschrift oder per E-Mail: bdsb@stk.landsh.de

3. Zwecke der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet, um die eingehenden Stellungnahmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens an die Fachressorts weiterzuleiten und auszuwerten.

Dazu verarbeiten wir in der Regel von Ihnen folgende Informationen, die in den jeweiligen Datenverarbeitungssystemen der Staatskanzlei und den fachlich zuständigen Landesministerien gespeichert werden. Hierbei handelt es sich um die Daten, die sich im Rahmen des Beteiligungsverfahrens, insbesondere aus Ihren dort gemachten Angaben ergeben.

- Persönliche Identifikationsangaben: Vorname, Name, Institution
- Kommunikationsdaten: Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse
- Alle von Ihnen gemachten Angaben bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme

Für die Durchführung des Beteiligungsprozesses und deren Auswertung benötigen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die eine Rückmeldung an Sie ermöglichen. Falschangaben zu relevanten personenbezogenen Daten kann haben zur Folge, dass Sie keine Rückmeldung zu Ihrer Stellungnahme erhalten.

4. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Absatz 1 b, e Datenschutzgrundverordnung und § 3 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes verarbeitet.

Soweit Sie im Rahmen Ihrer Stellungnahme Gesundheitsdaten i.S.d. Artikel 9 DSGVO (z.B. Angaben zum Vorliegen einer Schwerbehinderung bzw. einer Gleichstellung) mitteilen, erfolgt deren Verarbeitung auf der Grundlage von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b DSGVO i.V.m. § 12 Absatz 1 Nr. 1

Landesdatenschutzgesetz.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten
Ihre personenbezogenen Daten werden in der Regel weitergegeben an:

- Referat 26 der Staatskanzlei,
- Leitung der Abteilung 2 und Chef der Staatskanzlei,
- Ministerien des Landes, soweit diese fachlich zuständig sind,
- Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung,
- Die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Ministerien.

Diese Personen wirken an der Auswertung der Beiträge im Rahmen des Beteiligungsverfahrens mit.

Der technische Betrieb der Datenverarbeitungssysteme (z.B. E-Akte, MS Word, MS Excel oder MS Outlook) erfolgt durch Dataport als Auftragsverarbeiter.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Beteiligungsverfahrens und im Rahmen der weiteren Bearbeitung und Auswertung gespeichert.

Die von Ihnen übermittelten Beiträge werden von uns weiterverarbeitet und in die E-Akte überführt.

Im Übrigen werden die in der Staatskanzlei entstandenen Daten des Verfahrens nach Ziffer 4.2.2 der Aktenordnung für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung nach Ablauf von 5 Jahren gelöscht, sofern sie nicht vom Landesarchiv oder einem anderen zuständigen öffentlichen Archiv übernommen werden.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Sie haben das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO).
- Sollten Sie betreffende personenbezogene Daten unrichtig sein, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung (Artikel 17 DSGVO) oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Artikel 18 DSGVO).

8. Beschwerderecht

Sie haben das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 77 DSGVO).

Wenn Sie sich an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden möchten, können Sie diese wie folgt kontaktieren:

Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein
Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz
Postfach 71 16
24171 Kiel
mail@datenschutzzentrum.de

Telefon: 0431 988-1200
Fax: 0431 988-1223

Weitere Informationen können Sie dem offiziellen Internetauftritt der Landesbeauftragten unter www.datenschutzzentrum.de entnehmen.